

DIE ZAHL

16

Manager des japanischen Toshiba-Konzerns müssen vorerst mit weniger Gehalt auskommen. Das ist eine Folge des milliardenschweren Bilanzskandals beim Elektronikkonzern. Der neue Präsident Masashi Muromachi geht dabei mit gutem Beispiel voran: Er ver-

TOSHIBA

zichtet auf 90 Prozent seines Gehalts. Für 15 weitere Manager werden die Bezüge um 20 bis 60 Prozent gekürzt. Wie lange die Absenkung gilt, ist noch unklar. Kürzlich war bekanntgeworden, dass Toshiba seine Bilanzen in den sechs vergangenen Geschäftsjahren um umgerechnet 1,2 Milliarden Franken geschönt hatte. Der bisherige Toshiba-Präsident Hisao Tanaka und sein Vorgänger Norio Sasaki verliessen den Konzern. Die jetzt verkündeten Lohnkürzungen sind für Japan nicht ungewöhnlich. Legt eine Firma schlechte Zahlen vor oder gibt es Verfehlungen, werden die Bezüge von Topmanagern häufig für eine Weile gesenkt. (afp)



Das Milchgeschäft, nur ein Verhandlungspunkt des TPP-Abkommens: Melkanlage im neuseeländischen Peria mit Holsteinkühen. Bild: fotolia

Von Peru bis Neuseeland

Zwölf Länder wollen den Handel rund um den Pazifik liberalisieren. Ob eine Einigung über die Transpazifische Partnerschaft TPP gelingt, ist angesichts vieler offener Fragen nicht abschätzbar.

CHRISTIAN MIHATSCHE

HAWAII. Letzte Woche haben 54 Länder vereinbart, die Zölle auf 201 Produkte der Informationstechnologie auf null zu senken. Davon werden aber alle Länder rund um den Pazifik, nicht nur die Mitglieder des Information Technology Agreements (ITA). Diese Woche hoffen 12 Länder rund um den Pazifik, eine exklusive Freihandelszone zu schaffen, die nur den Mitgliedern nutzt: die Transpazifische Partnerschaft, kurz TPP.

Das Ziel rückt näher

Seit letzter Woche tagen die Chefunterhändler der TPP-Länder auf Hawaii, am Dienstag stiessen die Minister dazu. TPP umfasst 800 Millionen Menschen und 40% der globalen Wirtschaftsleistung. Ziel ist, bis morgen die letzten offenen Fragen zu klären. Einige Beispiele:

- **Handel mit Agrarprodukten:** Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht Kanada. Es behütet besonders seinen Markt für Milchprodukte und Geflügel. Konkret beschützt Ottawa die heimischen Milchbauern mit Zollsätzen von bis zu 246%. Da in Kanada im Oktober ein neues Parlament gewählt wird, bekundet die Regierung von Premierminister Stephen Harper Schwierigkeiten, hier Zugeständnisse zu machen. Darauf besteht aber Neuseeland, das auch als «Saudi-Arabien der Milch» bezeichnet wird.
- **Autos:** Bei den Industrieprodukten stehen Autos im Mittelpunkt. Japan schottet seinen Markt gegen ausländische Fahrzeuge mit technischen Handelshindernissen ab. Gleichzeitig will es aber, dass die USA ihren Zoll auf Autos von 2,5% auf null senken. Dies versuchen wiederum die US-Autohersteller zu ver-

- hindern, die seit der Finanzkrise Marktanteile verloren haben.
- **Abschaffung von Privilegien:** Schwierigkeiten mit dem TPP-Deal hat zudem Malaysia. Das Land bevorzugt systematisch ethnische Malaien zulasten der chinesisch- und indischstämmigen Malaysier. Dies gilt besonders für Staatsbetriebe und -aufträge. Doch eines der 29 bis 30 Kapitel des TPP-Abkommens ist just solchen Firmen gewidmet und fordert die Aufhebung der Privilegien.
- **Schiedsgerichte:** Mit einem Veto droht Australien bei den Schiedsgerichten, die Streitigkeiten zwischen ausländischen Investoren und Regierungen entscheiden sollen. Australien ist nicht grundsätzlich gegen diese Gerichte, will aber erreichen, dass Tabakkonzerne diese nicht in Anspruch nehmen können.
- **Arbeits- und Umweltstandards:** US-Präsident Barack Obama

hat versprochen, TPP würde «das fortschrittlichste Handelsabkommen der Geschichte» sein, wenn es um Arbeits- und Umweltstandards geht. Damit will er den Gewerkschaftsflügel in seiner eigenen Partei beruhigen. Doch das kommunistische Vietnam kennt bisher keine unabhängigen Gewerkschaften. Schwierigkeiten mit Arbeitnehmerrechten hat zudem das Sultanat Brunei. Bei den Umweltstandards ist speziell Peru unter Druck. Dort steht die Abholzung des Regenwalds in der Kritik.

Interessant wie nie zuvor

Wie gross die Chance ist, dass die TPP-Verhandlungen diese Woche abgeschlossen werden, lässt sich schlecht abschätzen. «Es werden mit die interessantesten Verhandlungen in der Geschichte der Diplomatie», sagt John Corrigan von der US-Asean-Handelskammer.

Rüstungsfirmen fusionieren

PARIS/MÜNCHEN. Der deutsche Panzerbauer Krauss-Maffei Wegmann und sein französisches Pendant Nexter Systems haben ihre lange angekündigte Fusion besiegelt. Ein entsprechender Vertrag wurde in Paris unterschrieben. Krauss-Maffei Wegmann (KMW) und Nexter Systems bestätigten die Fusion in einer gemeinsamen Mitteilung. Die beiden Unternehmen hatten ihre grundsätzlichen Fusionspläne bereits 2014 angekündigt. Zusammen kommen die neuen Partner auf annähernd 2 Mrd. € Umsatz und mehr als 6000 Mitarbeitende. Laut Mitteilung bewerten die Fusionspartner den Schritt als entscheidend für die Konsolidierung der wehrtechnischen Industrie in Europa. Die gemeinsame Neuaufstellung ermögliche zudem den Erhalt von Arbeitsplätzen und Kompetenzen im Kern der EU. (rtr)

Kelag Systems stärkt Management-Team

SENNWALD. Die Kelag Systems AG hat Patrick Hedinger zum neuen Geschäftsführer sowie Markus Aebi zum neuen Finanzchef gewählt. Wie der Verwaltungsrat mitteilte, sollen sie dazu beitragen, dass die Kelag Systems – unter anderem tätig im Rohrleitungsbau, Anlagenbau und in der Wasseraufbereitung – Stellen in der Region erhalten und neue schaffen könne. (T.F)

US-Notenbank tastet Leitzins vorerst nicht an

ZÜRICH. Die US-Notenbank hält den Leitzins weiter auf dem Rekordtief von null bis 0,25%. Die Signale, dass der Zins mittelfristig steigen wird, sind aber nach wie vor vorhanden. (rtr)

Gedruckte Ergebnisse vor Zementfusion

ZÜRICH. In den letzten Monaten vor ihrer Hochzeit enttäuschen die Zahlen der Zementkonzerne Holcim und Lafarge. Nur dank eines Beteiligungsverkaufs macht Holcim mehr Gewinn. Lafarge meldet einen Verlust. (sda)

Lücke bedroht Android-Handys

Millionen Android-Geräte können laut Fachleuten über eine Schwachstelle gehackt werden. Google lanciert ein Update, das aber nicht zentral verteilt wird.

«Die Mutter aller Android-Schwachstellen» nennt ein Sicherheitsforscher die entdeckte Lücke gar. Demnach sind Millionen Handys mit dem Betriebssystem Android von Hackern angreifbar. Auch das deutsche Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) warnte gestern davor. Die Lücke klafft in der Multimedia-Schnittstelle Stagefright.

Eine Wanze ohne eigenes Zutun

Damit lasse sich über eine Multimedia-Nachricht Schadcode auf Handys plazieren, berichtete der Sicherheitsfachmann Joshua Drake. Hacker könnten so Daten stehlen, Ton und Video aufnehmen oder auf gespeicherte Fotos zugreifen.

«Angreifer brauchen nur Ihre Handynummer, um von aussen ein Programm auszuführen, das sie mit einer besonderen präparierten Multimedia-Nachricht verschicken», schrieben die Sicherheitsforscher, um Drake auf dem Blog ihrer Firma Zimper-

um. «Diese Lücken sind sehr gefährlich, weil sie ohne das Zutun der Opfer ausgenutzt werden können.» Opfer müssten ein Video aus einer MMS mit Schadcode beispielsweise nicht abspielen, sondern nur die Nachricht ansehen, berichtete Drake dem US-Magazin «Forbes».

Unter Umständen würden Handybesitzer die manipulierte Nachricht nicht einmal bemerken: Der Schadcode könne ausgeführt werden, bevor die Benachrichtigung auf dem Display erscheint. Betroffen seien alle Geräte mit Android-Betriebssystem ab der Version 2.2, die 2010 herauskam. Besonders hoch sei das Risiko bei Geräten mit Android-Varianten, die älter als Version 4.1 sind, erklärte Drake.

Google relativiert Ausmass

Google erklärte, die Sicherheitslücke sei «unter Laborbedingungen auf älteren Android-Geräten identifiziert» worden. «Nach unserem derzeitigen Wissensstand ist niemand davon be-

troffen», teilte das Unternehmen mit. Das steht im krassen Widerspruch zu Aussagen von Drake, der schätzt, dass Hunderte Millionen Geräte über die Lücke angreifbar sind.

Handyhersteller gefordert

Für die Millionen Besitzer von Android-Handys und -Tablets gibt es kein zentrales Update, das sie vor der Lücke schützen würde. Google schickte zwar ein Sicherheits-Update an die Hersteller von Android-Geräten. Doch die Handybauer entscheiden selbst, wie sie Updates an ihre Kunden weitergeben.

Das liegt am Aufbau von Android. Das Betriebssystem an sich wird von Google programmiert. Doch die Handyhersteller passen es an ihre Geräte an. Einzig bei den Nexus-Geräten, die Google selbst baut, soll die Lücke in dieser Woche gestopft werden. Das BSI empfiehlt Handybesitzern mit älteren Android-Versionen, auf Version 4.1 oder höher umzusteigen. (dpa)

Disneyland gerät ins Visier der EU-Kommission

BRÜSEL. Die EU-Kommission geht Vorwürfen nach, dass der Vergnügungspark Disneyland Paris Besucher aus anderen Ländern benachteiligt. «Wir prüfen gerade einige Beschwerden, davon viele gegen Disneyland Paris», teilte eine Kommissionssprecherin mit. Demnach steht der Vorwurf im Raum, dass Disneyland Paris auf Grundlage der Nationalität oder des Wohnorts unterschiedliche Preise verlange und damit gegen EU-Recht verstosse. Die britische Zeitung «Financial Times» berichtete, Disneyland Paris verlange von deutschen und britischen Besuchern deutlich überhöhte Preise.

Deutsche zahlen relativ viel

So zahlten Franzosen für ein Premium-Paket von Europas grösstem Freizeitpark 1346 €, Briten aber 1870 € und Deutsche sogar 2447 €. Aus EU-Kreisen verlautete, die französische Regierung müsse sicherstellen, dass das EU-Recht befolgt werde. Brüssel werde sich daher in der Angelegenheit bald an

Euro-Pioniere nähern sich kaum an

FRANKFURT. Die reichen Länder bleiben reich, die armen arm: Nach Einschätzung der Europäischen Zentralbank (EZB) haben sich die zwölf ersten Euro-Länder wirtschaftlich kaum angenähert. Die anfängliche Hoffnung auf ein Abnehmen der Unterschiede erfüllte sich nicht. «Der Fortschritt in Richtung einer realen Annäherung unter den zwölf Ländern, die die Euro-Zone in den Anfangsjahren geformt haben, ist enttäuschend gewesen», heisst es in der Studie.

Zu den Gründen zählte die EZB unter anderem schwache Institutionen, wirtschaftliche Hemmnisse und ein schwaches Wachstum der Produktivität. Die 2007 ausgebrochene Weltfinanzkrise habe zudem schwere strukturelle Mängel bei einigen Euro-Ländern zum Vorschein treten lassen.

Die zwölf Euro-Staaten, die 2002 bei der Euro-Einführung von Beginn an dabei waren, sind Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Finnland, Griechenland, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien.

Aufholen bleibt schwierig

Laut der EZB-Studie haben zwischen 1999 und 2014 Länder mit eher niedrigem Einkommen wie Spanien und Portugal nicht aufgeholt. Bei Griechenland habe sich der Einkommensabstand zum Länder-Durchschnitt in den vergangenen 15 Jahren sogar noch vergrössert. «Italien, anfänglich ein Land mit höherem Einkommen, verzeichnete die schlechteste Entwicklung», heisst es. Der Unterschied zur Gruppe der Länder mit hohem Einkommen sei inzwischen erheblich. So sei Italien fast über den gesamten Zeitraum hinweg weniger stark gewachsen als der Durchschnitt der Länder.

Laut den EZB-Experten lässt sich diese Entwicklung nur teilweise mit der Finanz- und Wirtschaftskrise nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehmann erklären. So habe Irland beispielsweise 2008 bis 2012 eine schwere Krise durchlitten. Dennoch seien Verbesserungen zu erkennen – Irland zähle weiterhin zu den Ländern mit höherem Einkommen. (rtr)

Frankreich richten. Die Betreibergesellschaft Euro Disney wies die Vorwürfe zurück, räumte jedoch von Land zu Land unterschiedliche Rabattaktionen ein.

«Unterschiedliche Bedürfnisse»

Das Unternehmen sei bereit, seine Preispolitik «sehr transparent» darzulegen, sagte der Vizepräsident von Disneyland Paris, Julien Kauffmann. Die Preise für Reisen ins Disneyland Paris seien innerhalb der gesamten EU dieselben. Es gebe einzig Unterschiede aufgrund von Werbeaktionen, die nicht zwingend überall gleich seien.

Kauffmann begründete dies mit den von Land zu Land unterschiedlichen Bedürfnissen und Reisegewohnheiten. So gebe es in Italien oder Spanien Angebote, bei denen die Verpflegung oder die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs inklusive seien. Da die Franzosen wiederum häufig mit dem eigenen Auto anreisen, würde ihnen ein «gleichwertiger Preisnachlass» aufs Zimmer gewährt. (afp)